

Rating kurz notiert

Moody's hebt Irland auf „Baa3“ an

Vom Kapitalmarkt werden Irlands Erfolge in der Haushaltskonsolidierung längst honoriert (siehe Ausgabe 02-2014, Seite 67). Jetzt hat auch Moody's Investors Service das Rating für den Inselstaat von „Ba1“ auf „Baa3“ angehoben und mit einem positiven Ausblick versehen. Zwei Gründe gibt die Agentur für die verbesserte Bonitätsnote an: Einerseits sorgen das Wachstum der irischen Volkswirtschaft und die Sanierung der irischen Staatsfinanzen dafür, dass die Schuldenquote spürbar zurückgeführt werden kann. Andererseits hat das Land den von EU und Internationalem Währungsfond gespannten Rettungsschirm verlassen können und bewiesen, dass sie wieder selbstständig zu tragbaren Konditionen Geld am Kapitalmarkt aufnehmen kann. Red.

Weiterhin „AAA“ für Deutschland

Standard & Poor's Ratings Services hat die lang- und kurzfristige Kreditwürdigkeit Deutschlands mit „AAA“ beziehungsweise „A-1 plus“ bestätigt. Der Ausblick bleibt stabil. Die Ratings spiegeln die aus Sicht der Agentur moderne, hoch diversifizierte und wettbewerbsfähige Wirtschaft sowie die Leistungen der Regierung in der Fiskalpolitik und hinsichtlich der Ausgaben- und Disziplin wieder. Zudem habe die deutsche Volkswirtschaft bewiesen, dass sie große ökonomische und finanzielle Schocks schnell absorbieren kann.

Nach einem geschätzten Wachstum von 0,5 Prozent im vergangenen Jahr, rechnet die Agentur für den Zeitraum 2014 bis 2016 mit einer Steigerung des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP) von durchschnittlich rund 1,5 Prozent. Aufgrund des anhaltend hohen Exportüberschusses und der hohen Sparraten sieht die Agentur Deutschland als soliden Kreditnehmer an. Schwächen werden allerdings beim Binnenkonsum gesehen, der trotz der Einführung eines Mindestlohns und dem derzeit wachsenden Verbrauchervertrauen nur geringfügig zugenommen hat.

Dämpfende Effekte auf die Binnenkonjunktur habe unter anderem die Schuldenbremse für öffentliche Haushalte.

Da gleichzeitig wichtige Handelspartner Deutschlands ihre Staatsdefizite abbauen, sei von einer nachlassenden Nachfrage nach deutschen Gütern und Dienstleistungen auszugehen. So sei ein Rückgang des Exportüberschusses von sieben Prozent im Jahr 2012 auf 4,4 Prozent im Jahr 2016 zu erwarten.

Gleichzeitig ist Standard & Poor's überzeugt, dass Deutschland vor einer Periode mit ausgeglichenem Bundeshaushalt steht. Demnach könne vor allem aufgrund der Schuldenbremse für den Bundeshaushalt die künftige Nettoneuverschuldung weniger als 0,35 Prozent des BIP betragen. Zwischen 2014 und 2016 erwartet die Agentur ein durchschnittliches Defizit von 0,17 Prozent. In anderen europäischen Ländern haben vergleichbare Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand zwar negative soziale und wirtschaftliche Folgen gehabt, doch registriert die Agentur eine breite öffentliche und politische Unterstützung für fiskalische Disziplin, sodass die Maßnahmen wirkungsvoller sein dürften als in Ländern mit weniger öffentlicher Zustimmung. Standard & Poor's registriert zudem, dass mit der Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten die mittelfristige Haushaltsplanung nicht geändert wurde.

Deshalb erwartet Standard & Poor's, dass Deutschland seine Staatsverschuldung von derzeit 77 Prozent des Bruttoinlandsproduktes auf 71 Prozent im Jahr 2016 absenkt. Deutschlands Verbindlichkeiten hinsichtlich der Europäischen Finanzstabilitätsfazilität (EFSF) und des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) können 235 Milliarden Euro respektive neun Prozent des Bruttoinlandsproduktes nicht übersteigen. Dieser Betrag würde in voller Höhe jedoch nur in einem Worst-Case-Szenario in Anspruch genommen, bei dem der ESM komplett ausgeschöpft sein müsste und zudem sämtliche Schuldner absolut zahlungsunfähig seien. Die Eintrittswahrscheinlichkeit für diesen Fall schätzt die Agentur jedoch als äußerst gering ein.

Belasten könnte die deutsche Volkswirtschaft jedoch, wenn sich die Krise in der Eurozone fortsetzt oder sogar verschärft. Zwar machen die direkten Exporte in die am schwersten betroffenen Staaten Italien, Spanien, Portugal und Griechenland weniger als vier Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus, doch sind deutsche

Banken in diesen Ländern einschließlich Zypern per Ende Juni 2013 noch mit umgerechnet 298 Milliarden US-Dollar engagiert gewesen. Das entspricht 8,3 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung. Folglich würden Zahlungsausfälle in diesen Ländern unter anderem auf deutsche Banken durchschlagen, mit entsprechenden Konsequenzen für die Kreditvergabe im Inland und möglichen Folgen für die öffentliche Hand. Red.

Öffentliche Pfandbriefe der WIB nur „BBB minus“

Standard & Poor's Ratings Services hat die Öffentlichen Pfandbriefe der Westdeutschen Immobilienbank (WIB) von „A“ auf „BBB minus“ herabgestuft. Der Ausblick ist stabil. Davon ausgenommen ist nur eine Emission, die das Institut noch unter Staatsgarantie ausgegeben hatte und die am 2. Oktober 2014 fällig wird. Für diesen Pfandbrief wurde die Bewertung „A plus“ beibehalten. Unmittelbar nach der Ratingrevision wurden die Ratings für alle Öffentlichen Pfandbriefe der Bank ausgesetzt.

Die Herabstufung begründet die Ratingagentur zum einen mit der Qualität des Deckungsstocks und den Informationen zu den daraus resultierenden Zahlungsströmen. Demnach ermittelte Standard & Poor's eine Laufzeiteninkongruenz von mehr als 15 Prozent. In der Methodologie der Ratingagentur entspricht das einem „moderaten“ Risiko. Aufgrund dieser Einschätzung verringert sich jedoch die Spannbreite, die das Pfandbriefrating über dem Emittentenausfallrating (IDR) liegen kann – im Falle der WIB von vormals sieben auf nunmehr sechs Stufen.

Aus Sicht von Standard & Poor's würden allerdings die für den Deckungsstock gesehenen Ausfallrisiken nicht in ausreichendem Maße durch die Überdeckung kompensiert. Derzeit erfüllt die Bank nur die gesetzlichen Vorgaben, die eine zweiprozentige Überdeckung vorsehen. Zu einer höheren Besicherungsquote sei das Institut aber nicht bereit. Unter diesen Umständen könnten die Öffentlichen Pfandbriefe der WIB nicht besser als das Institut selbst bewertet werden. Von der Agentur wird die Bank im Emittentenausfallrating mit „BBB minus“ mit stabilem Ausblick bewertet. Red.